Stadtverordnetenversammlung Protokoll Nr. STV/08/2016

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31.10.2016, Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr Ende der Sitzung : 21:05 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Herr Thomas Bellizzi

Herr Claas-Christian Dähnhardt

Herr Jürgen Eckert

Herr Peter Egan

Herr Uwe Gaumann

Herr Rafael Haase

Herr Jörg Hansen

Frau Anna-Margarete Hengstler

Herr Tobias Koch

Herr Dirk Langbehn

Herr Detlef Levenhagen

Frau Monja Löwer

Herr Hartmut Möller

Frau Marleen Möller

Herr Jochen Proske

Herr Bela Randschau

Frau Claudia Rathje

Herr Hinrich Schmick

Frau Karen Schmick

Herr Christian Schubbert-von Hobe

Herr Matthias Stern

Frau Martina Strunk

Herr Michael Stukenberg

Frau Doris Unger

Herr Heino Wriggers

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Yannick Klix Herr Angelius Krause Herr Christof Schneider Kinder- u. Jugendbeirat Behindertenbeirat Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Michael Sarach Frau Angela Haase Herr Peter Kania Herr Thomas Reich Frau Juliane Ahlers

Frau Laura Pastorino Frau Birgit Reuter Bürgermeister

TOP 1

Referendarin FB II Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Frau Doris Brandt Herr Dustin Holzmann Herr Achim Reuber Herr Christian Schmidt

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

- 1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4. Einwohnerfragestunde
- 5. Festsetzung der Tagesordnung
- 6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 07/2016 vom 26.09.2016
- 7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
- 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
- 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
- 7.2.1. Finanzbericht Nr. 17/2016
- 7.2.2. Aktuell anstehende Maßnahmen der Stadtbetriebe Ahrensburg
- 7.3. Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen an den Bürgermeister AF/2016/011 betreffend Haushaltsentwurf 2017
- 8. Nachrücken eines Stadtverordneten 2016/129
- 9. Ehrung des Stadtverordneten Herrn Hansen für seine fünfzehnjährige Tätigkeit in der Kommunalpolitik
- 10. Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen AN/057/2016
- 11. Antrag der CDU-Fraktion zur Wahl des Vorsitzenden des Finanzausschusses

 AN/058/2016

2016/102

- 12. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 94 für das Grundstück "Lindenhof", Flurstücke 394, 393 und 396 sowie teilweise Nr. 395 und 398 der Flur 9 der Stadt Ahrensburg, gelegen zwischen Bahnhofstraße, Wilhelmstraße und der Landesstraße Nr. 82, Abschnitt Woldenhorn
 - Prüfung der eingegangenen Stellungnahmen
 - Satzungsbeschluss

13.	46. Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet Kastanienallee zwischen den Straßen Bahntrasse und Kastanienallee, Flurstücke 149, 232, 229, 230, 273 sowie die Flurstücke 276, 295, 275, 272, 270, 294 teilweise - Aufstellungsbeschluss für die 46. Änderung des Flächennutzungsplanes	2016/115
14.	38. Änderung des Flächennutzungsplans Ahrensburg für das Gebiet nördlich der Straße Beimoorweg im Bereich der Ortsdurchfahrt, östlich angrenzend an das bestehende Gewerbegebiet Nord auf einer Breite von ca. 50 m und einer Tiefe von ca. 300 m sowie ein Gebiet südlich der Straße Beimoorweg, in einem Bereich von ca. 70 m Breite und 70 m Tiefe entlang der Straße Beimoorweg auf Höhe des Anschluses des Weges Beimoor Hof Eichkamp. - Abwägung der Stellungnahmen - Abschließender Beschluss	2016/111
15.	Aufhebung der Beschlüsse zu Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplans Nr. 88 Prüfung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebau- ungsplan Nr. 88 B Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 88 B	2016/109
16.	Antrag auf Zustimmung einer außerplanmäßigen Aufwendung gemäß § 95 d GO für die Löschwasserversorgung Reeshoop/Hermann-Löns-Straße	2016/128

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgervorsteher Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgervorsteher Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26.09.2016 wurden folgende Beschlüsse in nichtöffentlicher Sitzung gefasst:

- 1. Die Durchführung des Oktoberfestes 2016 wird auf die Fa. Schächterle Events und Consulting GmbH übertragen (Vorlagen-Nr. 2016/117).
- 2. Die Gewerbesteuerforderungen für die Jahre 1989 bis 1991 sowie die Säumniszuschläge i. H. v. insgesamt 98.968,62 € werden erlassen (Vorlagen-Nr. 2016/085).
- 3. Die Gewerbesteuerforderungen für das Jahr 2007 zuzüglich Zinsen und Gebühren in Höhe von insgesamt 16.180 € werden erlassen (Vorlagen-Nr. 2016/086).

4. Einwohnerfragestunde

Zu der Anfrage des **Herrn Günter Haase** über eine mögliche Verschiebung des geplanten Baukörpers "Lindenhof" (siehe TOP 12 dieser Sitzung) zum Erhalt der Allee in der Wilhelmstraße verweist Bürgermeister Sarach auf die Beratung und Abwägung in den Gremien.

Weitere Anfragen und Anregungen von Einwohnern werden nicht gestellt.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Bürgervorsteher Wilde erklärt, dass Anfragen gemäß § 15 Abs. 1 j der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung nach Abwicklung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung zu beraten sind. Bündnis 90/Die Grünen sind damit einverstanden, den Tagesordnungspunkt "Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen an den Bürgermeister betreffend Haushaltsentwurf 2017" unter "Bericht des Bürgermeisters" zu belassen.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten der mit Einladung vom 21.10.2016 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 07/2016 vom 26.09.2016

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

Es wird auf den Stand der Beschlusskontrolle gemäß TOP 6.1, Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung Nr. 07/2016, verwiesen.

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Finanzbericht Nr. 17/2016

Der Finanzbericht Nr. 17/2016 ist als **Anlage** beigefügt.

7.2.2. Aktuell anstehende Maßnahmen der Stadtbetriebe Ahrensburg

 Ab dem 31.10.2016 beginnt die Sanierung des Regenwassersammlers im B-Plangebiet 82 (Beimoor-Süd):

Der rd. 230 m lange Sanierungsabschnitt liegt zwischen dem Beimoorweg (Höhe Dänisches Bettenlager) und dem Grundstück Gerstenstieg 6 (Fa. Wibu).

Der Sammler in der Dimension DN 900 weist gemäß der jüngsten TV-Untersuchung Rissbildungen auf und erscheint daher in seiner Standfestigkeit gefährdet.

Die Sanierung erfolgt im so genannten Schlauchliningverfahren. Das bedeutet, dass keine Aufgrabung erforderlich wird, sondern das vorhandene Altrohr mit einem aus Polyesterharz und ECR-Glas bestehenden Schlauchliner ausgekleidet wird. Die erforderlichen statischen Eigenschaften des Rohres können durch das gewählte Verfahren wieder hergestellt werden. Die zu erwartende Nutzungsdauer entspricht in etwa der eines Neubaus.

Die Sanierung des Regenwassersammlers wird – eine günstige Wetterlage vorausgesetzt – bereits in der 44. KW abgeschlossen. Die erforderlichen Nebenarbeiten werden bis Ende November abgeschlossen.

Die Baukosten der Maßnahme belaufen sich auf rd. 165 T€. Auftragnehmer ist die Fa. Werner Vollert GmbH aus Büdelsdorf.

 Ebenfalls am 31.10.2016 beginnt die TV-Untersuchung der öffentlichen Schmutzwasser-Hausanschlussleitungen im Gebiet östlich der Manhagener Allee (zwischen Bahnlinie und Hopfenbach).

Bei diesen Arbeiten handelt es sich um eine wasserrechtlich begründete Pflichtaufgabe zur Erstellung eines Hausanschlusskatasters. Im Rahmen der Arbeiten werden die Anschlussleitungen zunächst im HD-Verfahren gereinigt und anschließend im Abschnitt zwischen öffentlichem Hauptkanal und Übergabeschacht mittels Kanalkamera untersucht. Die Untersuchungen dienen der Zustandserfassung und als Planungsgrundlage für etwaige erforderliche Sanierungen. Die Arbeiten können überwiegend vom öffentlichen Hauptkanal aus erfolgen. Den Anliegern entstehen keine Kosten. Diese werden aus der Schmutzwassergebühr finanziert.

Der Untersuchungsumfang beträgt rd. 450 öffentliche Hausanschlussleitungen. Die Kosten belaufen sich auf rd. 55 T€.

7.3. Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen an den Bürgermeister betreffend Haushaltsentwurf 2017

Mit Anfrage AF/2016/011 bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen u. a. um Auskunft, warum der Beschluss des Finanzausschusses vom 08.06.2015 (AN/024/2015/Finanzausschuss am 08.06.2015, TOP 10) nicht umgesetzt worden sei, obwohl nach der Nichtbeachtung im Haushaltsentwurf 2016 explizit bereits die Umsetzung eingefordert worden sei.

Der Bürgermeister räumt die Nichteinhaltung des Beschlusses ein. Er führt ferner aus, dass beantragt und vom Finanzausschuss beschlossen worden sei, dass die Verwaltung sämtliche Veränderungen sowohl im Ertrag als auch im Aufwand erläutern solle, deren Abweichungen mehr als 20.000 € absolut oder 10 % relativ im Haushaltsentwurf waren. Diese Anforderungen sind von der Verwaltung nicht zu leisten, da alle Konten des Ergebnishaushaltes einzeln zu prüfen sind. Die Bedenken zur Umsetzung hatte die Verwaltung bereits in der Sitzung des Finanzausschusses geäußert.

Stadtverordneter Langbehn vertritt die Auffassung, dass das vorgeschlagene Verfahren der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu einer Zeitersparnis führen würde, da bei Nachfragen durch die Selbstverwaltung nicht wieder an die einzelnen Sachbearbeiter herangetreten werden muss, sondern gleich bei Aufnahme in den Haushaltsplan die Änderungen vermerkt werden könnten.

Der Bürgermeister führt aus, dass die geforderte umfangreiche Kommentierung keine Zeitersparnis, sondern eine Mehrbelastung für die beiden Mitarbeiter der Verwaltung sei, die daneben auch z. B. an den offenen Jahresabschlüssen mitwirken müssen. Es ist grundsätzlich davon auszugehen, dass die Mittelanmeldungen vom budgetverantwortlichen Fachdienst sorgfältig geschätzt werden und sich am Bedarf orientieren. Vielfach erfolgen auch Anpassungen an das letzte vorliegende Jahresergebnis (bezogen auf das Haushaltsjahr 2017 somit auf das vorläufige Rechnungsergebnis 2015, nicht auf den Planansatz 2016 als Vorjahr).

Bezogen auf den Haushalt 2016 sind Stichproben ab Beginn des Ergebnisplanes 2017 erfolgt. Nur bezogen auf die Produkte 11100, 11105, 11110 und 11115 haben sich bereits 17 Abweichungen ergeben, die zu kommentieren wären. Dies ist ein Aufwand, der nicht zu leisten ist, ferner keinen großen Erkenntnisgewinn biete. Die Testprüfung hat im Ergebnis eine im Sinne des Antrages gewollte Kommentierung vielfach zu Kleinstbeträgen ergeben. Die Kleinteiligkeit kann nicht gewollt sein. Der Bürgermeister empfiehlt, über eine Modifizierung des Beschlusses nachzudenken.

Stadtverordneter Langbehn moniert, dass nicht alle Fragen der Anfrage beantwortet worden sind.

8. Nachrücken eines Stadtverordneten

Gemäß § 44 Gemeinde- und Kreiswahlgesetz in Verbindung mit § 67 Gemeinde- und Kreiswahlordnung rückt für den direkt gewählten Bewerber der CDU-Fraktion, Herr Christian Conring, der nächste Listenbewerber, Herr Uwe Gaumann, nach. Herr Gaumann wird vom Bürgervorsteher in sein Amt eingeführt und per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten verpflichtet.

9. Ehrung des Stadtverordneten Herrn Hansen für seine fünfzehnjährige Tätigkeit in der Kommunalpolitik

Bürgervorsteher Wilde ehrt den Stadtverordneten, Herrn Jörg Hansen, für seine 15-jährige Tätigkeit in der Kommunalpolitik.

Stadtverordneter Hansen hat sich in dieser Zeit in fast allen Ausschüssen als stellvertretendes oder als ordentliches Mitglied engagiert. Sein Hauptaugenmerk lag jedoch im Bereich Bauen und Planen. Er war in der Zeit vom 23.06.2008 bis 16.06.2013 Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses, den er voll verantwortlich und umsichtig geleitet hat. Seit dem 17.06.2013 bis heute ist er stellvertretender Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses. Er ist immer offen und fair, hat den notwendigen Blick für die Belange und Einwände der zuhörenden Einwohner mit einer fraktionsübergreifenden Wertschätzung seiner Tätigkeit.

Außerdem erhielt Herr Hansen den Ehrenteller als Anerkennung für seine 10jährige ehrenamtliche Tätigkeit.

Bürgervorsteher Wilde dankt ihm für sein 15-jähriges Engagement für das Gemeinwohl der Stadt Ahrensburg und überreicht ihm eine Urkunde mit einem Präsent.

10. Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen

Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen und Aufsichtsräten (AN/057/2016) einschließlich der Wahl des Herrn Tim Greiser als neues Bürgerliches Mitglied in den Finanzausschuss und als stellvertretendes Bürgerliches Mitglied in den Bau- und Planungsausschuss zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

11. Antrag der CDU-Fraktion zur Wahl des Vorsitzenden des Finanzausschusses

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Wahl des Stadtverordneten, Herrn Tobias Koch, zum Vorsitzenden des Finanzausschuss einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

- 12. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 94 für das Grundstück "Lindenhof", Flurstücke 394, 393 und 396 sowie teilweise Nr. 395 und 398 der Flur 9 der Stadt Ahrensburg, gelegen zwischen Bahnhofstraße, Wilhelmstraße und der Landesstraße Nr. 82, Abschnitt Woldenhorn
 - Prüfung der eingegangenen Stellungnahmen
 - Satzungsbeschluss

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Herr Möller hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Egan lehnt im Namen der WAB-Fraktion den Beschlussvorschlag "Satzungsbeschluss Lindenhof" ab und appelliert, zukünftig nicht durch frühzeitige Festlegung der Standpunkte der Fraktionen einen gemeinsamen Kompromiss zu verhindern, sondern unterschiedliche Interessen mit dem Ziel einer optimalen Lösung auszuloten.

Stadtverordneter Möller spricht sich im Namen der SPD-Fraktion gegen die Bebauung Lindenhof aus. Die Bebauung würde sich nicht in das Innenstadtkonzept integrieren. Das Umfeld werde ignoriert. Nicht berücksichtigt werde u. a. der Platzbedarf für Radwege, zusätzlich erforderliche Flächen für die Abwicklung des Verkehrs am neuen S-Bahnhof sowie der Ersatz für die wegfallenden Parkplätze. Es erfolge keine Integration in ein Parkraum- und Verkehrskonzept. Die Kosten für den Wettbewerb trage nicht – entgegen den Ausführungen in den Sitzungsunterlagen – der Investor, sondern durch Verrechnung mit dem Kaufpreis die Stadt.

Stadtverordneter Bellizzi schließt sich im Namen der FDP-Fraktion den Ausführungen des Stadtverordneten Egan an. Durch die Anbindung an einen Investor habe die Stadt ihre Freiräume eingeschränkt. Das Projekt ohne Einbindung der Innenstadt schwäche die Struktur der Innenstadt und den Einzelhandel in der Innenstadt. Auch wenn das Gutachten feststelle, dass ausreichend Parkplätze vorhanden seien, würde der Kunde nach seinem Empfinden, dass nicht ausreichende Parkplätze vorhanden seien, handeln. Der Investor habe deutlich weniger Parkplätze geschaffen, als er für sein Projekt benötige. Auch der zweite große Parkplatz An der alten Reitbahn würde durch eine entsprechende Bebauung entfallen. Eine Absichtserklärung, wo Ersatzparkplätze geschaffen werden würden, sei nicht gefasst worden. Die letzte historische Straßenpflasterung in Ahrensburg in der Wilhelmstraße würde nicht erhalten bleiben. Die Stadt zahle darüber hinaus 25 % der Kosten für die Wiederherstellung der Straße. Die FDP-Fraktion lehnt den Beschlussvorschlag ab. Stadtverordneter Bellizzi verlangt im Namen der FDP-Fraktion eine namentliche Abstimmung.

Stadtverordneter Koch führt im Namen der CDU-Fraktion aus, dass 70 Mietwohnungen in zentraler Lage mit einer Belebung der südlichen Innenstadt erschlossen durch den ÖPNV mit dem Projekt geschaffen werden würden mit Einnahmen der Stadt in Höhe von ca. 4 Mio. €.

Der Wegfall der Parkplätze würde durch die Aufstockung des Alten Lokschuppens in der Bahnhofstraße als auch durch einen Neubau der Tiefgarage unter dem Stormarnplatz im Rahmen des Städtebauförderungsprogrammes kompensiert werden. Bezüglich des Alten Lokschuppens hätte er sich eine zügigere Realisierung gewünscht.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordneten Haase und Möller.

Stadtverordneter Hansen erklärt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass diese dem Beschlussvorschlag zustimmen werde auch unter Berücksichtigung der erfolgten Öffentlichkeitsbeteiligungen. Die Bereitstellung der Parkplätze im Einzelnen muss noch geprüft werden.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2016/102 zu.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Stadtverordneten: 31 davon anwesend 27

14 dafür 12 dagegen 1 Enthaltungen

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtverordnete von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Die namentliche Abstimmung ist als **Anlage** beigefügt.

- 13. 46. Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet Kastanienallee zwischen den Straßen Bahntrasse und Kastanienallee, Flurstücke 149, 232, 229, 230, 273 sowie die Flurstücke 276, 295, 275, 272, 270, 294 teilweise
 - Aufstellungsbeschluss für die 46. Änderung des Flächennutzungsplanes

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Herr Möller hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2016/115 zu.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Stadtverordneten: 31 davon anwesend 27

27 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtverordnete von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

- 14. 38. Änderung des Flächennutzungsplans Ahrensburg für das Gebiet nördlich der Straße Beimoorweg im Bereich der Ortsdurchfahrt, östlich angrenzend an das bestehende Gewerbegebiet Nord auf einer Breite von ca. 50 m und einer Tiefe von ca. 300 m sowie ein Gebiet südlich der Straße Beimoorweg, in einem Bereich von ca. 70 m Breite und 70 m Tiefe entlang der Straße Beimoorweg auf Höhe des Anschluses des Weges Beimoor Hof Eichkamp.
 - Abwägung der Stellungnahmen
 - Abschließender Beschluss

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Herr Möller hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2016/111 zu.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Stadtverordneten: 31 davon anwesend 27

27 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtverordnete von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

15. Aufhebung der Beschlüsse zu Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplans Nr. 88

Prüfung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 88 B

Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 88 B

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Herr Möller hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2016/109 zu.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Stadtverordneten: 31 davon anwesend 27

27 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtverordnete von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

 Antrag auf Zustimmung einer außerplanmäßigen Aufwendung gemäß §
 95 d GO für die Löschwasserversorgung Reeshoop/Hermann-Löns-Straße

Bürgermeister Sarach hält den Sachvortrag. Anschließend beantwortet er die im Vorwege eingereichten Verständnisfragen des Stadtverordneten Stukenberg wie folgt:

1. Wie wurde denn bisher im Wohngebiet Hermann-Löns für ausreichend Löschwasser gesorgt? Bedarf? Deckung?

Der Löschwasserbedarf wurde planerisch im Rahmen des 2013 erstellten Bebauungsplanes Nummer 90 ermittelt. Der Bedarf bezieht sich auf die im B-Plan erlaubte maximale Baumasse. Derzeit wird die Löschwassermenge ausschließlich aus der Trinkwasserleitung entnommen.

2. Wieso wurde erst jetzt festgestellt, dass Löschwasser fehlt und erst kürzlich eine Ausschreibung gemacht? Die Gebäude sind ja schon geraume Zeit im Bau.

Es wurde in der Planung eine Löschwasserunterdeckung festgestellt, dies hat zur Folge, dass zwei Löschwasserbehälter installiert werden müssen. Ein Behälter in der Hermann-Löns-Straße und einer in der Gerhard-Hauptmann-Straße.

Anfang dieses Jahres wurde die damalige Löschwasserermittlung vor der Planung des nun in Rede stehenden Löschwasserbehälters tiefgründiger anhand einer Rohrnetzberechnung überprüft. Danach stand die vorzuhaltende Wassermenge mit 120 m³ fest.

3. Wie hoch war denn die Abweichung Planung/Submissionsergebnis? Wurde international ausgeschrieben?

Es wurde mit der Planung begonnen, welche in eine spätere beschränkte Ausschreibung mündete. Diese Form wurde aufgrund des geringen Zeitraumes gewählt. Eine internationale EU-Ausschreibung kommt aufgrund der weit unterschrittenen Grenzwerte von 5.180.000 € netto nicht in Frage.

Nach der Submission liegt kein wirtschaftliches Angebot vor, die geringste Abweichung von der vorher erstellten Kostenberechnung beträgt 114 %. Daher hat der Bürgermeister die Ausschreibung aufgrund ihrer Unwirtschaftlichkeit aufgehoben.

4. Was ist der Grund dafür, dass Sie ein deutlich besseres Angebot im Winter erwarten und was soll passieren, wenn das nicht günstiger ist?

Bürgermeister Sarach erhofft sich bei einer erneuten öffentlichen Ausschreibung im Winter bessere Preise, da wahrscheinlich der Markt für die erfragten Bauleistungen nicht mehr so stark gesättigt ist und eher mit einem wirtschaftlichen Angebot zu rechnen ist.

Falls die Preise weiterhin über den berechneten und im Haushalt hinterlegten Preisen liegen sollten, wird der Bürgermeister eine weitere Vorlage den Gremien vorlegen mit der Bitte eine überplanmäßige Ausgabe zu genehmigen.

5. Wenn Behälter beschafft werden für die Winterzeit. Wie wird sichergestellt, dass das Wasser nicht einfriert? Entstehen dann nicht weitere Kosten?

Vor der Auswahl der Anmietung der Behälter wurden Möglichkeiten der Anmietung von Tankwagen bzw. deren Anhänger geprüft, aber aufgrund einer nicht installierten Heizung oder geringer Wassermenge wieder verworfen. Bei der Prüfung wurde die nun favorisierte Lösung mit Löschwasserbehältern inklusive Heizung entwickelt.

6. Wie viele Wohnungen könnten nicht bezogen werden, wenn das Löschwasser nicht zur Verfügung steht und wie hoch wäre der Schadensersatz, den die Stadt für Mietausfall u. a. zahlen müsste?

Bei einer nicht Gewährleistung der fehlenden Löschwassermenge durch die Stadt können die im Bau befindlichen 70 Wohneinheiten nicht bezogen werden. Es würde ca. 62.000 € Schaden entstehen.

7. Wurden alternative Lösungen für das schnelle Heranschaffen von Löschwasser geprüft, z. B. Anmietung von Tanklastwagen?

Siehe Antwort Nr. 5.

Bürgermeister Sarach ist wegen einer Kostenbeteiligung zurzeit in Verhandlungen mit den Hamburger Wasserwerken.

Nach Beantwortung von weiteren Verständnisfragen stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2016/128 zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

gez. Roland Wilde Vorsitzender

gez. Birgit Reuter Protokollführerin